

Zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss

Deutschland wird häufig wegen seines Leistungsbilanzüberschusses kritisiert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hält diese Kritik für nicht nachvollziehbar. Die deutsche Exportstärke beruht nicht auf staatlichen Interventionen. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss ist vielmehr das Ergebnis des freien Wettbewerbs auf dem Weltmarkt.

I. Aktuelle Entwicklung:

Richtig ist, dass Deutschland in den letzten Jahren Leistungsbilanzüberschüsse ausweist. War der Leistungsbilanzsaldo in den Jahren nach der Wiedervereinigung noch negativ, sind seit Anfang des letzten Jahrzehnts Überschüsse zu verzeichnen.

In diesem Jahr wird die Leistungsbilanz laut EU-Kommission einen Überschuss von 7 % des BIP erreichen und im Laufe der kommenden beiden Jahre auf 6,4 % des BIP zurückgehen.

Der Rückgang geht vor allem darauf zurück, dass laut EU-Kommission die deutsche Konjunktur von 2013 bis 2015 ausschließlich von der starken Binnennachfrage getragen wird. Insbesondere die Konsumnachfrage ist eine treibende Kraft. Die EU-Kommission erwartet hier in den kommenden beiden Jahren einen Anstieg von 1,4 % und 1,6 %. Dies ist gestützt auf steigende Beschäftigung (+ 0,5 % in 2014 und +0,6 % in 2015) und steigende Arbeitnehmerentgelte (+2,7 % in 2014 und +3,1 % in 2015).

Der Wachstumsbeitrag des deutschen Außenhandels ist demgegenüber 2013 und 2014 negativ. In anderen Euroländern wie Griechenland, Irland und Portugal wird der Außenhandel dagegen laut EU-Kommission einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten. Dabei spielen inzwischen steigende Exporte – und nicht mehr ein Rückgang der Importe – eine tragende Rolle. Die europäischen Leistungsbilanzungleichgewichte bauen sich also ab.

II. Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse waren bereits im letzten Jahrzehnt Gegenstand von Kritik durch nationale und internationale Beobachter. Die kritischen Stimmen gründen sich auf die folgende Argumentation:

- Die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands seien die Ursache dafür, dass in anderen Ländern, insbesondere in der Eurozone zu wenig gesamtwirtschaftliche Nachfrage vorhanden sei und damit die wirtschaftliche Dynamik hinter ihren Möglichkeiten zurückbliebe.
- Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse seien Ausdruck einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die eine zu geringe Binnennachfrage zur Folge habe. Die heimischen Kapazitäten könnten deshalb nur „auf Kosten“ ausländischer Nachfrage ausgelastet werden.
- Deutschland solle deshalb seine Politik korrigieren und für eine höhere Lohn- und Einkommensdynamik, weniger Ersparnis und eine insgesamt höhere Binnennachfrage sorgen.

III. Bestimmungsfaktoren der deutschen Leistungsbilanz

Was die Kritiker der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse (Saldo aus Handels- Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz sowie der Saldo aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit dem Ausland) übersehen:

Es gehen rund ein Drittel des Leistungsbilanzüberschusses auf Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus dem Ausland zurück. Das bedeutet: ein Drittel des Leistungsbilanzüberschusses beruht nicht auf dem Außenhandel, sondern auf Erträgen aus in der Vergangenheit im Ausland investiertes oder angelegtes deutsches Kapital. Dies hat mit den Fragen der Exportstärke der deutschen Wirtschaft oder der Binnennachfrage in Deutschland – und darum geht es bei der Kritik – nichts zu tun.

Auch bei den verbleibenden zwei Dritteln – im Wesentlichen die Handelsbilanz – ist eine Art planwirtschaftliches Eingreifen im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft nicht möglich und nicht wünschenswert. Planwirtschaft ist in Deutschland schon einmal grandios gescheitert.

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sind vielmehr Ausdruck der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie der weltweit hohen Nachfrage nach Gütern "Made in Germany". Gerade in den globalen Wachstumsregionen ist Deutschland mit seiner hohen Produktqualität und seiner attraktiven Produktpalette präsent. Davon profitieren auch die Handelspartner Deutschlands: der Importanteil der deutschen Exportgüter beträgt rund 40 Prozent (Vorleistungsanteil). Wenn deutsche

Unternehmen exportieren, profitieren hiervon also in erheblichem Ausmaß ihre Zulieferer im Ausland, vor allem im europäischen Ausland.

Dabei lässt sich eine leichte Verschiebung bei den Handelspartnern beobachten. Während der Anteil der deutschen Exporte in den Euroraum zuletzt rückläufig war (rd. 37,4 % in 2012, ein Rückgang ggü. 2011 um rd. 2,2 Prozentpunkte), gehen die Exportüberschüsse zunehmend in den außereuropäischen Raum. Insbesondere die Bedeutung Nordamerikas nimmt zu (Anteil rd. 8,7 % in 2012, ein Anstieg gegenüber 2011 um rd. 1,1 Prozentpunkte).

Die Leistungsbilanzüberschüsse sind also das Ergebnis wirtschaftlichen Handelns; sie werden nicht durch staatliche, gar protektionistische Eingriffe begünstigt. Deutschland kann als Teil der Europäischen Währungsunion auch nicht – wie andere Länder – seine Exportchancen durch eine künstliche Abwertung der Währung aufbessern. Auch der internationale Währungsfonds stellt in seinem „External Sector Report“ vom August fest, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss nicht durch wirtschaftspolitische Verzerrungen in Deutschland zu erklären ist. Vielmehr sei die Ursache in fiskal- und strukturpolitischen Defiziten in den Partnerländern zu vermuten. Auch die Europäische Kommission hat bereits 2011 festgestellt, dass von Leistungsbilanzüberschüssen keine destabilisierende Wirkung für die Eurozone ausgeht.

Die Preise deutscher Güter oder das - von den Tarifparteien unabhängig vom Staat festgelegte - Lohnniveau sind nur einer von mehreren Einflussfaktoren für den Leistungsbilanzüberschuss. So stellte die Europäische Kommission im Dezember letzten Jahres in einem Bericht zu Leistungsbilanzüberschüssen in der EU fest, dass die Lohnentwicklung in Deutschland nur zu einem geringen Teil für die Leistungsbilanzüberschüsse verantwortlich sei. Ein wichtiger Bestimmungsfaktor sei zudem die nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit, also beispielsweise die Qualität deutscher Produkte. Im Übrigen sind laut Daten des Instituts der Deutschen Wirtschaft im verarbeitenden Gewerbe die Arbeitskosten pro Stunde im Euroraum lediglich in Belgien (41,91 Euro) höher als in Deutschland (36,98 Euro). Der Vorwurf, Deutschland betreibe Lohndumping und verbessere damit seine Exportchancen, geht also ins Leere. Dies zeigt auch die aktuelle positive Entwicklung der Binnennachfrage.

Der Staat kann und sollte auch in die Ersparnis- und Investitionsentscheidungen seiner Bürger und Unternehmen nicht eingreifen. Denn dies würde den Präferenzen der Bürger widersprechen und die Wohlfahrt verringern. In einer alternden Gesellschaft wie

in Deutschland kann eine relativ hohe Ersparnis eine rationale Vorsorgeentscheidung sein. Ebenso rational kann es sein, diese Ersparnis nicht im Inland anzulegen, sondern in dynamischen Wachstumsregionen mit entsprechenden Renditechancen.

Deutschland hält dabei seine Binnennachfrage auch nicht künstlich durch die notwendige Rückführung des staatlichen Schuldenstandes zurück. Für die kommenden zwei Jahre erwartet die Europäische Kommission, dass der deutsche Staatshaushalt nahezu ausgeglichen bleibt. Die Rückführung der Staatsverschuldung in Relation zum BIP findet also auf Basis eines robusten Wachstums des BIP und nicht aufgrund neuer Konsolidierungsmaßnahmen statt.

Von den soliden deutschen Staatsfinanzen profitiert auch der Euroraum: Die deutsche Bonität an den internationalen Finanzmärkten ist das Rückgrat der europäischen Rettungsschirme. Würde Deutschland zur Stimulierung seiner Binnennachfrage massiv die Staatsverschuldung ausweiten, könnte die Kreditwürdigkeit Deutschlands – und damit letztlich die Stabilität des Euroraums insgesamt – in Frage gestellt werden.

Im Übrigen käme eine solche Politik den sogenannten Defizitländern kaum zugute. Die Europäische Kommission zeigt in ihrer Studie zu den Leistungsbilanzüberschüssen in der EU, dass eine Erhöhung der Nachfrage in Deutschland dort nur eine geringe Verbesserung der Leistungsbilanzen zur Folge hätte.

Fazit: Die Kritik an den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen ist unbegründet, weil diese nicht auf wirtschaftspolitischer Einflussnahme beruhen. Der deutsche Leistungsbilanzsaldo ist das Ergebnis tausender marktwirtschaftlicher Einzelentscheidungen und Anpassungsprozesse in einem globalen Wettbewerb. Durch die aktuell hohe binnenwirtschaftliche Dynamik leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Stabilität in Europa und zum Abbau der Ungleichgewichte. Um diesen Abbau von Ungleichgewichten im Euroraum zu beschleunigen, sind weitere Strukturreformen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig.